

5. Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft.

Referent Wilhelm Helling. Unsere Volksgenossen in der Stadt, die die Nahrungsmittel nur fertig auf den Märkten sehen, haben nicht das Verständnis für die Bedürfnisse und Entwicklungsmöglichkeiten des Landes. So ist es zu verstehen, daß bis zum Kriege die städtisch eingestellte Sozialdemokratie schwer den Weg zum Herzen der Landbewohner fand und mit ihrer rein theoretischen Einstellung zur Agrarfrage unsern Gegnern bis auf den heutigen Tag Material in die Hände spielte, um gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem Lande zu kämpfen. Die Begriffe Kapitalismus und Proletariat können nicht ohne weiteres auf landwirtschaftliche Verhältnisse übertragen werden. Nur beim Großgrundbesitz gibt es klare Scheidelinien zwischen Kapital und Arbeit, Ausbeutern und Ausgebeuteten. Nun besitzt der Großgrundbesitz in Deutschland aber nur 25 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Der übrige Teil wird von Landwirten bewirtschaftet, die ich kurz Bauern nennen will.

Karl Marx war im kommunistischen Manifest von den Voraussetzungen ausgegangen, daß sich die kapitalistische Entwicklung in der Landwirtschaft nicht anders regeln könne als in der Industrie. Er sagt darüber, daß die kleinen Mittelständler, Kaufleute, Rentiers, Handwerker und Bauern in das Proletariat hinabfallen. In einer Schrift über Grund- und Bodenfragen sagt Wilhelm Liebknecht: der Dampfpflug wird den Ackerbau ebenso revolutionieren wie der Dampfwebstuhl und die Spinnmaschine die Industrie revolutioniert haben, denn er vernichtet die Kleinproduktion. Man war damals der Auffassung, daß es für den Bauern nur eine Rettung gäbe: Uebertragung des Privateigentums in das gesellschaftliche Eigentum. Man wollte zwar auch damals den Bauern gerne helfen, aber man sagte sich: Wir erhalten nur künstlich einen Stand am Leben, der dem Untergang geweiht ist. Auch das Erfurter Programm beginnt mit dem Satze: Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs. Man verbreitete diese Idee in Broschüren unter der Landbevölkerung und ergzielte dadurch eine verheerende Wirkung. Man kann einen Stand nicht für eine Partei gewinnen, wenn man ihm direkt sagt, daß er mit der Zeit von der Bildfläche verschwindet. Aber nach meinen Erfahrungen in der Landagitation kann ich Ihnen versichern, daß man die Kleinbürgerliche Bevölkerung Deutschlands und die Landarbeiter damals auch mit einer besseren Parole nicht für die Sozialdemokraten gewonnen hätte, weil diese Volksschichten in einem derartigen Abhängigkeitsverhältnis zum Grundeigentümer standen, daß sie nicht gewagt hätten, bei den Wahlen ihre Stimme der Sozialdemokratie zu geben. Auch nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts werden die sozialdemokratischen Landarbeiter, Pächter und Kleinbauern auf dem Lande in so gemeiner Weise bekämpft und wirtschaftlich geschädigt, daß dadurch unserer Partei bei jeder Wahl viele Stimmen verloren gehen.

Auf dem Frankfurter Parteitag von 1894 tauchte wieder die Agrarfrage auf. Die Referenten mußten damals schon zugeben, daß das Bauerntum auf absehbare Zeit noch lebensfähig sei. Man mußte daher versuchen, für das Bauerntum etwas zu tun und es für die Partei zu gewinnen. In einer Resolution wurde gesagt, daß der Untergang der landwirtschaftlichen Unternehmer in Deutschland besiegelt sei und auch die kleine Bauernschaft durch Steuerlast in Verfall läme. In der Resolution wurde empfohlen, sich in Zukunft eingehend mit der Agrarfrage zu befassen. Ein besonderer Agrarausschuß sollte dem nächsten Parteitag Vorschläge machen. Er arbeitete auch ein Agrarprogramm aus, das aber infolge der ablehnenden Haltung der Presse wieder umgearbeitet werden mußte. Nachdem man auf dem Breslauer Parteitag 1895 2 Tage über das Programm debattiert hatte, wurde eine Resolution Kautskys

angenommen, die das neue Agrarprogramm aufs schärfste verurteilte. Der Grundgedanke der Ablehnung war, daß die Sozialdemokratie nicht aufhören dürfe, Klassenpartei zu sein; das Programm dürfe nicht durch Neubelebung des Eigentumsfanatismus der Bauern verwässert werden. Die Resolution wurde mit 158 gegen 63 Stimmen angenommen. Kautskys hatte damals fast die gesamte Partei im Lande hinter sich. Die Agrarfrage war damit bis zur Revolution von der Tagesordnung verschwunden.

Nach der Revolution wurde die Sozialdemokratie durch den Umsturz gezwungen, in der Agrargefetzgebung der Republik mitzuarbeiten. Obwohl heute noch über verschiedene landwirtschaftliche Fragen in der Partei Meinungsverschiedenheiten bestehen, kann festgestellt werden, daß die Sozialdemokratische Partei der Nachkriegszeit durch praktische Arbeit einen Teil des Schadens wieder gutgemacht hat, welchen die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit mit ihren landfremden Theorien angerichtet hatte. Das Göttinger Programm besagt über die Bodenfrage nur, daß Grund und Boden, die Bodenschätze sowie die natürlichen Kraftquellen der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen sind. Wie dieser Satz auf der Grundlage der heutigen Verfassung auszulegen ist, darüber gibt uns das Landprogramm der Sozialdemokratischen Partei vom Mai 1923 Aufschluß. Dieses Programm enthält eine Reihe Forderungen, die man als Richtlinien für die zukünftige Gestaltung der Agrarfrage zum größten Teil gutheißen kann.

Eine wertvolle Bereicherung hat die agrarsozialistische Literatur der letzten Jahre durch das Werk Dr. Davids „Sozialismus und Landwirtschaft“ erfahren. Dieses Buch trägt der Entwicklung der letzten Jahrzehnte Rechnung und fand infolge seines klaren sachlichen Inhalts auch bei unseren politischen Gegnern Beachtung.

Ich will mich nun weniger mit den Theoretikern der Agrarpolitik von gestern und heute auseinandersetzen, als vielmehr diejenigen Wege zeigen, welche in nächster Zeit durch praktische Arbeit zu dem Ziele führen, daß die Landwirtschaft und Sozialdemokratische Partei sich einmal näher kennen lernen. Wir können die Landbevölkerung nur gewinnen durch Lösung der Boden- und Steuerfrage. Die heutige Stellung der Sozialdemokratischen Partei zur Landwirtschaft könnte ich kurz in einem Satz zusammenfassen:

Die Sozialdemokratie tritt ein für die Rechte und Interessen der Bodenarbeiter, für diejenigen, welche durch Arbeit ihrer Hände die für die Allgemeinheit notwendigen Werte schaffen, im Gegensatz zu den Kreisen der Grundherren, die ganz oder teilweise von arbeitslosem Renteneinkommen leben, ohne dem Volksganzen zu dienen.

Der Herr über den Boden ist auch Herr über den Menschen! Das galt schon vor 2000 Jahren und ist heute auch noch zum größten Teil richtig. Das alte germanische Bodenrecht hat sich im Laufe der Jahrhunderte zu einem römischen Warenrecht am Boden entwickelt, welches den Boden nicht in den Dienst der Allgemeinheit stellt, sondern ihm den Charakter einer Handelsgesellschaft verleiht, zum Vorteile einzelner, jedoch zum Schaden der Gesamtheit. (Sehr wahr!) Weimarer Verfassung, Siedlungsgesetzgebung und Pachtshuhordnung machen zwar den ernsthaften Versuch, den Boden der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen, doch ist in der Praxis leider von der Wirkung der in diesen Gesetzen verankerten Grundzüge wenig zu spüren. (Sehr richtig!) Der Gedanke des Siedlungsgesetzes war gut, das Gesetz und seine Paragraphen sind schon wesentlich schlechter durch die Arbeit der bürgerlichen Parteien geworden, und von der Durchführung möchte ich lieber ganz schweigen.

Wie wenig Grund gerade die Landbevölkerung hat, mit der Durchführung der republikanischen Gesetzgebung zufrieden zu sein, dafür ein Beispiel: Nach

dem Reichsiedlungsgesetz kann Oedland auf Antrag eines Siedlers unter gewissen Voraussetzungen enteignet werden. Im Kreise Bersenbrück, im sogenannten Steinfeld, liegt eine Fläche kulturfähigen Oedlandes in Größe von etwa 400 Hektar. Der Landrat des Kreises machte 1920 den Versuch, diese Fläche den bisherigen Eigentümern auf gütlichem Wege abzukaufen, was aber letztere ablehnten. Anfang 1921 wurde dann ein Enteignungsverfahren eingeleitet, welches auf den schärfsten Widerstand stieß und erst vor einigen Wochen, also nach 3 Jahren, zum Abschluß gebracht wurde. Mit einem Stab von Rechtsanwältinnen ist es den Eigentümern gelungen, den Siedlungsgedanken zu sabotieren, und zu verhindern, daß an Stelle eines Dorfes mit etwa 30 Siedlern heute noch eine Fläche Oedlandes vorhanden ist. Damals hatten sich etwa 70 Bewerber für diese Stellen gemeldet, wovon heute die wenigsten siedeln können. Damals waren sie aber noch dazu in der Lage. Beteiligt an dieser Sache als Siedlungsbehörden waren das Kulturamt in Osnabrück, das Landeskulturamt in Hannover und das Preussische Landwirtschaftsministerium.

Aber auch aus dem Osten des Landes wollen die Klagen über die mangelhafte Durchführung des Siedlungsgesetzes nicht verstummen. Man war dort nicht einmal in der Lage, die in Baracken liegenden Flüchtlinge unterzubringen. Der Reichstag hat bekanntlich im Mai v. J. ein besonderes Flüchtlingsiedlungsgesetz gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen. Siedeln wollen bekanntlich auch die Deutschnationalen, nur will keiner das zum Siedeln notwendige Land hergeben. Die Großgrundbesitzer im Osten sagen: Es gibt im Westen noch über 2 Millionen Hektar Moor- und Oedland. Diese Flächen sollen zunächst kultiviert und besiedelt werden, das ist für die Volksernährung wichtiger als die Zerstückelung der großen Güter im Osten. Die Grundbesitzer des Westens aber werfen den Siedlungsball nach dem Osten zurück und behaupten: Wir brauchen die Oedländerereien für unsere Kinder und Kindesfinder. Man soll zunächst den Großgrundbesitzern im Osten zuleibe rücken und vor allen Dingen auch die Staatsdomänen aufteilen. Ich bin der Ansicht, daß das Siedlungsgesetz dahingehend ausgebaut werden muß, daß man zunächst den Latifundien den größten Teil ihres Besitzes gegen angemessene Entschädigung enteignet und daß ferner Moor- und Oedländerereien zu Siedlungs- und Kulturzwecken ohne bürokratische Hemmnisse enteignet werden müssen. Ich will hier einschalten, daß ich darunter nicht verstehe, daß der Großgrundbesitz zerstückelt werden soll; das wäre für die Volksernährung schädigend. Ich will nur sagen, daß wenn ein Großgrundbesitzer 20 Güter von je 500 Hektar hat, er 19 abgeben kann und eins für sich behalten kann.

Ferner muß im Osten die Anliegersiedlung gefördert werden, d. h. unwirtschaftliche und unrentable Kleinbetriebe müssen dort, wo Landbeschaffung möglich, bis zu einer Akernahrung vergrößert werden.

Bei dieser Gelegenheit will ich mich auch kurz zu dem Streit, ob Groß- oder Kleinbetrieb, äußern. Die Statistik von 1882 bis 1907 zeigt, daß in diesem Zeitraum die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe sich um die Zahl von etwa 160 000 Stellen vermehrt haben. Die Theorie von dem naturnotwendigen Untergang des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes hat sich als unrichtig erwiesen, und zwar hauptsächlich deswegen, weil die betriebstechnische Entwicklung in der Landwirtschaft sich anders vollzieht als in der Industrie. (Sehr richtig!) Die industrielle Güterherstellung ist ein mechanischer, die landwirtschaftliche Produktion ein organischer Prozeß. In der Industrie arbeitet man mit totem, in der Landwirtschaft mit lebendigem Material.

Die zweite Frage, ob Groß- oder Kleinbetrieb mehr erzeugt, kann dahin beantwortet werden, daß der Kleinbetrieb pro Flächeneinheit mehr erzeugt.

Hingegen ist vielleicht der Produktionsprozeß im Großbetrieb rentabler, hier wird mit weniger Arbeitsleistung dasselbe Resultat erzielt wie im Kleinbetrieb. Diesen Standpunkt vertreten auch Wissenschaftler der heutigen Zeit, wie Professor Auhagen. Zugunsten des Kleinbetriebes darf auch nicht verschwiegen werden, daß die meisten Kleinbauern infolge der ungünstigen Besitzverteilung des Landes gezwungen sind, unter wesentlich ungünstigeren Voraussetzungen zu arbeiten wie der Großbetrieb. Der Großbetrieb kann die Zahl seiner Arbeitskräfte und seine Ausgaben für Betriebsmittel der Größe des Betriebes genau anpassen und entsprechend vermehren, hingegen verfügt der Kleinbetrieb in vielen Fällen über eine für die volle Entfaltung seiner Arbeitskraft zu kleine Fläche. Er kann weder die Arbeitskraft seiner ganzen Familie rationell ausnutzen, noch die vorhandenen Betriebsmittel und Baulichkeiten. Auch ist der Kleinbauer in vielen Fällen Pächter des Landes oder er hat zum wenigsten größere Teile seines Besitzes zugepachtet und muß für die Pachtländerereien außer den Lasten auch noch einen angemessenen Pachtpreis aufbringen. Nun darf aber die Kleinbauersche Frage nicht allein vom wirtschaftlichen Standpunkte betrachtet werden, sondern auch vom bevölkerungspolitischen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Ueberschuß der Landbevölkerung nicht nur die Reihen der arbeitslosen Industriearbeiter vermehrt, sondern auch in Scharen nach dem Ausland abwandert, und so dem Volksganzen verlorengeht. Im Jahre 1912 wanderten aus Deutschland 18 000 Menschen aus, im Jahre 1923 schon 115 000. Verkehrt ist allerdings der Grundsatz, Arbeiter aus der Stadt auf das Land zurückzuführen zu wollen. Es kann nur unsere Aufgabe sein, den Versuch zu machen, den Ueberschuß der Landbevölkerung durch Zuteilung von Land auf dem Lande zu erhalten. Siedlermaterial ist in Deutschland massenhaft — namentlich im Westen und Nordwesten — vorhanden. Nun sagen unsere Gegner aus den Bürgerlichen Parteien ja immer, die Sozialdemokratie kann für die Siedlung und für einen freien Bauernstand deswegen nicht eintreten, weil der angesehene Landwirt der Sozialdemokratie als Wähler den Rücken kehren würde, sobald er einmal Eigentümer geworden ist. Diesen Standpunkt machen sich auch bekanntlich noch sehr viele Parteigenossen zu eigen, er ist aber unhaltbar, wie Ihnen folgendes Beispiel aus der Praxis zeigt: In der Gemeinde Hanenmoor (Kreis Bersenbrück) hatte man in den Jahren 1919 und 1920 insgesamt 24 Siedlerfamilien auf Oedland ausgesetzt. Das zu vergebende Land ist nicht auf Grund des Siedlungsgesetzes enteignet worden, sondern der Kreis hat es schon vor dem Kriege angekauft und geht an besonders geeignete Landwirte vergeben. Diese Siedler bewirtschaften 70 bis 80 Morgen, sind Eigentümer geworden, und infolge der Geldentwertung größtenteils schuldenfrei. Welche Partei haben nun diese 24 Familien bei der letzten Reichstagswahl gewählt? Etwa Deutschnationale oder Völkische? Nein. In Hanenmoor sind 36 Stimmen für die Sozialdemokratie und 10 Stimmen für die Demokraten abgegeben worden. Andere Parteien wurden überhaupt nicht gewählt. Dieses Ergebnis aus der Praxis ist bei der Beurteilung dieser Frage bedeutend wertvoller als hundert Artikel aus den Federn unserer berufensten Theoretiker.

Ist der Kleinbauer, welcher nur eigenen Grundbesitz bewirtschaftet, ein verhältnismäßig freier und unabhängiger Mann, so trifft dies nicht auf diejenigen Betriebe zu, welche ganz oder teilweise auf Pachtland angewiesen sind. Das Pachtwesen ist zwar in Deutschland nicht so ausgebreitet wie in England, wo beispielsweise 88 Proz. der landwirtschaftlichen Kulturlächen verpachtet sind. In Deutschland dagegen sind nur 14 Proz. verpachtet. Trotzdem ist es vor allen Dingen Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, sich um diese Kategorie der Landwirte zu bemühen. Den Pachtbetrieb finden wir am ausgebreitetsten bei

den Nebenbetrieben bis zu 2 Hektar, ferner bei den Kleinbetrieben und Großbetrieben. Am wenigsten tritt das Pachtverhältnis bei mittel- und großbäuerlichen Stellen in Erscheinung. Die meisten Pachtbetriebe hat Nordwestdeutschland, die Provinzen Hannover, Westfalen sowie Oldenburg. Die Zahl der landwirtschaftlichen Hauptbetriebe, welche ganz auf Pachtland angewiesen sind, kann in Westfalen, Hannover allein auf etwa 100 000 geschätzt werden. Hier hat man neben dem reinen Pachtbetrieb noch solche Pachtstellen, wo der Pächter neben der Geldleistung auch zu Arbeitsleistungen — in der Regel 80 bis 100 Tage im Jahre — verpflichtet ist. Diese Pächter heißen in Nordwestdeutschland Feuerlinge und auch Rötter. Daß der Pächter- und Feuerlingsstand bei ungünstigen Konjunkturverhältnissen wie jetzt nach dem Kriege stark der Ausbeutung durch den Grundeigentümer ausgeliefert ist, liegt auf der Hand. Um die kleinen Pächter die Entziehung des Landes und auch gegen ungerechtfertigt hohe Pachtpreise zu schützen, wurde kurz vor den Reichstagswahlen 1920 von der damaligen Regierung Müller die Pachtstuhordnung erlassen. Die erste Pachtstuhordnung, welche einen Notbehelf für zwei Jahre darstellte, befriedigte in keiner Weise die Pächter. Als nach Ablauf dieser Verordnung im Frühjahr 1922 durch den Reichstag die zweite Pachtstuhordnung beschlossen wurde, hat sich die Sozialdemokratische Partei mit aller Energie den Interessen der Kleinpächter und Feuerlinge angenommen. Dieses Eintreten der Sozialdemokratie für den Pächterstand wurde damals von allen landwirtschaftlichen Organisationen anerkannt. Die Pachtstuhordnung wurde auf Grundstücke bis zu 10 Hektar ausgedehnt und könnte befriedigen, wenn die Pachteinigungsämter einigermaßen im Sinne des Gesetzgebers handeln würden. Dies ist jedoch nicht der Fall, da die meisten Vorsitzenden der Pachteinigungsämter, die Amtsrichter, von vornherein der Pachtstuhordnung gegnerisch gegenüberstehen. Außerdem sind sie in vielen Fällen mit den Grundeigentümern verflochten und verschwägert, so daß sie mit dem größten Widerstreben eine für die Grundeigentümer ungünstige Entscheidung fällen. Ich will auch hier kurz einen Beweis für das beibringen, was ich gesagt habe. Der Vorsitzende Halle des Pachteinigungsamtes in Westfalen, ein Amtsrichter, der aus Großgrundbesitzerkreisen hervorgegangen ist, hat vor zwei Wochen eine Entscheidung in bezug auf die Festsetzung eines Pachtpreises gefällt. In der Begründung heißt es:

„Auch hielt das Pachteinigungsamt bei den obwaltenden Verhältnissen eine hohe Pachtsumme für ein geeignetes, zulässiges Druckmittel, den Pächter zur baldigen Aufgabe der Pachtung zu veranlassen.“ (Hört, hört!)

Mit andern Worten, der Amtsrichter konnte die Pachtstuhordnung nicht ganz beiseite schieben, er mußte dem Pächter einen Teil seines Landes lassen, ihm waren aber keine Schranken für die Bemessung des Pachtpreises gesetzt, und da sagte er: jetzt wollen wir einen ordentlichen Pachtpreis festsetzen, so hoch, wie zulässig, damit der Pächter dort fortgeht. Das macht ein preussischer Amtsrichter, der ausführende Organ für die republikanische Gesetzgebung sein soll. (Hört, hört!) Aus diesen Gründen muß jetzt, nachdem die Regierung Marx auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Pachtstuhordnung schon teilweise abgebaut hat, mit aller Energie gefordert werden, daß an Stelle der befristeten Verordnungen ein Dauerpachtstuhgesetz tritt, welches in klarer Fassung und mit allem Nachdruck die Pächter gegen Entziehung des Landes und wirtschaftlich ungerechtfertigte Pachtpreise schützt. Abgesehen von den Fällen, in denen aus Anlaß von Familienverhältnissen für kurze Zeit verpachtet wird, ist das gesamte Pachtverhältnis vom wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte aus zu verwerfen. Der Bodenbearbeiter wird dadurch in ständiger Abhängigkeit vom Eigentümer gehalten. Der Letztere bezieht aus der Arbeit des Ersteren ein arbeitsloses Rentenein-

kommen und führt auf Kosten der Allgemeinheit ein behagliches Drogenleben. Die Verpächter sind für die landwirtschaftliche Produktion gänzlich überflüssige Parasiten und belasten die gesamte landwirtschaftliche Produktion in durchaus schädlicher Weise. Wo Grundstücke mit Gebäuden verpachtet sind, läßt man diese seit der Revolution in ganz unverantwortlicher Weise zerfallen. Namentlich in Nordwestdeutschland gibt es Behausungen der Pächter, die menschenunwürdig sind und von welchen ich vor einigen Jahren einige photographische Aufnahmen gemacht habe. Man findet viele Häuser ohne Schornstein, andere haben noch die sogenannten Schlafbuzen, werden im ganzen überhaupt auch nicht den bescheidensten Anforderungen an eine menschliche Wohnung gerecht. Ich möchte hier nur eine dieser Photographien zeigen, und zwar das Hausinnere einer Pächterwohnung. Sie sehen hier die weißen Punkte. Die Photographie wurde aufgenommen, als die Sonne schien. Die Sonne schien also ungehindert in das Haus hinein. Damit ist wohl der Beweis dafür erbracht, daß im Winter auch der Regen ungehindert hineinkommt. (Sehr richtig!) Viele Grundbesitzer benutzen ihre Vormachtstellung gegenüber den Pächtern dazu, um sie politisch zu bevormunden. So hat Freiherr von Hadeln in der Provinz Brandenburg von seinen sämtlichen Pächtern Beträge unterschreiben lassen, in welchen es heißt:

1. Pächter erklärt hiermit durch geleistete Unterschrift, Mitglied des Kreissbauernverbandes Kottbus-Land zu sein.

2. Die Pachtung erlischt nach vollendeter Ernte, wo Pächter als Mitglied aus dem Kreissbauernverein Kottbus-Land ausscheidet oder gegen die Interessen des Kreissbauernverbandes verstößt.

(Hört, hört!) Wer also nicht Mitglied des Deutschnationalen Landbundes werden will, bekommt von dem Freiherrn von Hadeln kein Pachtland. (Hört, hört!) Aus dem Regierungsbezirk Osnabrück erhielt ich vor einigen Tagen die Mitteilung, daß der dortige Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, der zugleich Verpächter ist, seinen Kleinpächtern gegenüber geäußert habe, die Pächter müßten von jetzt an soviel an Pacht zahlen wie nur eben möglich wäre, weil sie am 4. Mai dieses Jahres sozialdemokratisch gewählt hätten. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Der Briefschreiber spricht die Hoffnung aus, daß jetzt die Sozialdemokratische Partei auch die Pächter nicht im Stich lassen möge. Ähnliche Beispiele können zu Tausenden angeführt werden. Sie zeigen, daß hier noch ein großes Arbeitsfeld für unsere Partei vorhanden ist, um für den Schutz der wirtschaftlich schwachen Pächter und Feuerlinge einzutreten.

Werden viele meiner bisher vorgebrachten Forderungen unter den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im Reichstage in nächster Zeit wohl schwerlich durchführbar sein, so komme ich jetzt zu einem Punkte, der meines Erachtens den Reichstag schon in den nächsten Wochen oder Monaten beschäftigen wird. Es handelt sich um die endgültige Besteuerung der Landwirtschaft. Hier liegen für unsere Partei die Verhältnisse insofern günstiger, als auch verschiedene andere Parteien ein wesentliches Interesse daran haben, daß diesmal der Großgrundbesitz seinen gerechten Anteil an der zu erwartenden Steuerlast erhält. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die adeligen Grundherren auch vor dem Kriege den preussischen Staat nach allen Regeln der Kunst in Steuerfachen demogelten. Feudale Grundherren, die im Winter an der Riviera lebten und dort bis zu 10 000 Mark monatlich ausgaben, bezahlten in vielen Fällen nicht mehr Einkommensteuer als ein Dorfschullehrer oder Handwerker. Aus diesem Grunde gefällte dem Landbunde auch die in diesem Jahre auf Grund der Steuernotverordnungen eingeführte Steuerveranlagung nach festen Sätzen nicht. Die Landbündler sehnten wieder die Buchführung als Grundlage für die Veranlagung zurück, und auch der jetzige Reichsernährungsminister Graf Ranitz hat diesen

Standpunkt befürwortet. Zunächst müssen wir uns vor Augen führen, daß über die Landwirtschaft seit August 1923 eine wahre Sintflut von Steuergesetzen und Steuernotverordnungen hereingebrochen ist. Heute hat der Landwirt an Steuern zu zahlen: 1. die Umsatzsteuer, 2. die Einkommensteuer, 3. die Vermögenssteuer, 4. die Tilgung der Rentenmarktgrundschuld, 5. die preußische Grundsteuer, 6. die Erbschaftsteuer und noch verschiedene kleinere lokale Steuern. Dieses überflüssige Bielerlei von Steuern muß unbedingt verschwinden und einer einfacheren Veranlagung Platz machen, da das Veranlagungsgeschäft vielfach einen großen Teil der Steuern aufricht und außerdem der Landwirt durch die vielen, ihm gar nicht bekannten Steuern verärgert und in seiner Arbeit behindert wird. Außerdem muß sich unsere Finanzwirtschaft in anderer Hinsicht ganz neu einstellen. An die Stelle des Grundbesitzes der Leistungsfähigkeit wird ein neuer Grundbesitz gestellt werden müssen, den ich den Grundbesitz der Produktivität nennen möchte. Die Besteuerung nach der subjektiven Leistungsfähigkeit kommt ohne die Mitwirkung des Steuerpflichtigen durch Selbstangabe über die Größe seines Einkommens- und Vermögensertrages nicht aus. Seine Mitwirkung setzt eine einigermaßen entwickelte Steuermoral voraus, die heute nicht mehr vorhanden ist. Damit ist eine der unentbehrlichsten Vorbedingungen für eine gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten durch die subjektive Besteuerung weggefallen. Vor allem aber fordert der Zwang der Produktionssteigerung einen Wandel. Hieraus muß steuerpolitisch die Folgerung gezogen werden, daß gemäß dem im Artikel 155 der Reichsverfassung niedergelegten Grundbesitz der Besitzer eines Grundstücks Sachverwalter dieses Teiles des Nationalkapitals ist und als solcher diesen oder jenen durchschnittlichen Ertrag herauszuzuwirtschaften hat. Erleichtert er dies nicht, so muß er die Steuer aus einer anderen Einnahmequelle zahlen oder sein Grundstück einem wirtschaftlich befähigteren Individuum übergeben. Die Allgemeinheit kann auf seinen Minderertrag keine steuerliche Rücksicht nehmen, im Gegenteil sie muß darauf bestehen, daß aus den vorhandenen Produktionsmitteln das Höchste herausgeholt wird. Das aber bedeutet in der Praxis die Rückkehr zu Ertragssteuern in ihrer rohesten Form durch Verablagung, nicht nach dem wirtschaftlichen Ertrag, sondern nach der Ertragsfähigkeit. Von diesen Gesichtspunkten aus muß verlangt werden, daß die Umsatz-, Einkommen- und Vermögenssteuer zu einer Reichsgrundwertsteuer zusammengelegt werden, die Groß- und Kleinbetrieb unter Berücksichtigung von Bodengüte und Verteilungsgleich befaßt. Wie hoch eine derartige Steuer pro Hektar für die gesamte land- und forstwirtschaftlich genutzte Fläche Deutschlands sein müßte, hängt selbstverständlich in erster Linie von den Bedürfnissen des Reiches ab, im zweiten Linie muß allerdings auch die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft im allgemeinen — jedoch nicht im Einzelfalle — berücksichtigt werden. Nun behaupten ja Landwirtschaftskammern, der Landbund und andere landwirtschaftliche Autoritäten, daß heute bei mittleren und schlechten Böden überhaupt kein Reinertrag herauszuzuwirtschaften sei. Diese Behauptungen sind schon deswegen nur mit der größten Vorsicht aufzunehmen, weil viele Grundeigentümer infolge der Steuerlast ihre Lebenshaltung keineswegs einschränken. So besitzt ein mir bekannter Großgrundbesitzer heute noch vier Luxuspferde, die zunächst einmal verschwinden müßten, ehe man an eine Steuerermäßigung denken kann. Auch ist es geradezu erstaunlich, wie Grundeigentümer, die auf der einen Seite behaupten, nicht in der Lage zu sein, die heute geforderten Steuern bezahlen zu können, auf der andern Seite mit ihren Pächtern umspringen, wenn es heißt, aus dem verpachteten Boden den letzten Groschen an Pacht herauszupressen. So verlangen in Nordwestdeutschland die Verpächter im laufenden Pachtjahre durchweg 100 Prozent

der Friedenspacht und außerdem noch das Mehr an Steuern. Dadurch wird selbstverständlich der Grundeigentümer vollständig steuerfrei, und der Bodenbearbeiter hat die gesamten Lasten an Steuern und Abgaben trotz geringerer Rentabilität des Bodens zu tragen. Der Staat solle einmal die Grundeigentümer in Deutschland genau so behandeln wie diese heute die unglücklichen Pächter behandeln, die gezwungen sind, von ihnen Land zu pachten. Einen ergötzlichen Beweis für die Unrechtheit der Grundeigentümer in dieser Richtung liefert die „Deutsche Tageszeitung“ vom 25. März dieses Jahres. Darin wird behauptet, daß bei Unterstellung aller günstigster Momente im laufenden Jahre pro Morgen 41 Mark zugekehrt werden. (Hört, hört!) Auf der andern Seite hat Herr Freiherr von Ledebur, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer Westfalen, also auch eine Autorität auf landwirtschaftlichem Gebiet, von seinen Pächtern 150 Prozent der Friedenspacht verlangt, also annähernd 40 Mark Pacht pro Morgen mittlerer Bodengüte. (Hört, hört!) Das Pachteinigungsamt Halle in Westfalen hat am 17. Mai dieses Jahres in einer Sache Kruse gegen Buchmann 125 Prozent der Friedenspacht als angemessenen Pachtpreis festgestellt. (Hört, hört!) Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, wir sehen 40 Mark pro Morgen zu. (Zuruf: Warum behalten sie das Land!) — Ganz richtig. Freiherr von Ledebur, der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, hingegen behauptet, der Boden kann 30 Mark Reinertrag aufbringen. Das macht also eine Differenz von 70 Mark pro Morgen, gleich 280 Mark pro Hektar, bei 30 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche im jetzigen Deutschland den ganz kleinen Unterschied von 8,5 Milliarden Mark jährlich.

Bei der Steuerfrage bietet sich eine ausgezeichnete Gelegenheit für die Sozialdemokratische Partei, schon in nächster Zeit erfolgreich für die Interessen des Kleinbauernturns einzutreten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in den nächsten Jahren in Deutschland ernsthaft der Versuch gemacht werden muß, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, aus dem Boden größere Erträge herauszuzuwirtschaften und die Anbaufläche noch zu verbreitern. Unsere Gegner fordern zu diesem Zwecke vor allen Dingen Unantastbarkeit des Privateigentumsrechts am Grund und Boden, Aufhebung jeglicher Zwangswirtschaft und hohe Schutzzölle. Auch hier widerlegen die Grundeigentümer ihre Behauptung selber, indem sie verlangen, der Grundeigentümer müsse gegen Eingriffe in das Privateigentumsrecht geschützt werden, damit er eine Produktionspolitik auf lange Sicht treiben könne. Den Pächtern verweigern sie aber den Pachtzuschuß und verleugnen ihre Grundbesitze in dieser Beziehung nur, um ihren Herrenstandpunkt als Eigentümer des Bodens durchsetzen zu können. Meines Erachtens wird die Produktion in erster Linie am besten durch eine produktive Steuergesetzgebung gefördert, welche den Bodenbesitzer zwingt, das Allerbeste aus dem ihm anvertrauten Gute der Allgemeinheit herauszuholen. Dieser brutale Zwang wird zehnmal besser wirken wie Ermahnungen, belehrende Vorträge usw. Es ist vor allen Dingen die beschleunigte Kultivierung der Moor- und Weidänderien zu verlangen, die heute infolge der Geld- und Produktionsverhältnisse ja nur mit erheblichen Zuschußen des Staates erfolgen kann. Auch muß auf die Reichsbahn eingewirkt werden, daß sie eine vernünftigeren Tarifpolitik zugunsten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Betriebsmittel betreibt. Dieses ist nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern auch zum Vorteil der konsumierenden Bevölkerung zu verlangen. Wenn man heute die gewaltige Spanne zwischen Erzeuger- und Verkaufspreis betrachtet, so muß unter allen Umständen gefordert werden, daß das Genossenschaftswesen weiter ausgebaut wird; denn das verarmte Deutschland kann sich keineswegs die vielen überflüssigen Detail- und Zwischenhändler erlauben, die heute neben der Umsatzsteuer, dem hohen Zinsfuß usw. die lebensnotwendigen

Produkte ins ungeheure verteuern. Es ist auch unbedingt notwendig, die landwirtschaftlichen Forschungsinstitute auf ihrer jetzigen Höhe zu erhalten oder sie womöglich noch auszubauen. Die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen müssen demokratisiert werden, damit auch den Söhnen kleinerer Landwirte Gelegenheit geboten wird, sich theoretisch und praktisch für ihren Beruf auszubilden.

Ich habe in einem vor einigen Tagen im „Vorwärts“ erschienenen Artikel den Versuch gemacht, die Frage der landwirtschaftlichen Schulzölle vom rein landwirtschaftlichen Standpunkt aus zu beleuchten, und ich bin zu dem Schluß gekommen, daß eigentlich nur Großgrundbesitz und Verpächter wesentliche Vorteile von hohen Schulzöllen haben, daß aber die gesamte Volkswirtschaft durch ein event. Erliegen der Landwirtschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen würde und von diesem Gesichtspunkte aus gesetzliche Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Landwirtschaft in ihrer Existenz zu schützen. Mit welchen Mitteln das geschehen kann, darüber will ich jetzt nicht sprechen.

Im einzelnen möchte ich zu dieser Frage noch ausführen, daß die bestehende Kreditnot keineswegs durch Schulzölle behoben wird, daß man auch nicht deswegen seine Lust auf Schulzölle nehmen darf, weil die gegenwärtige Besteuerung der Landwirtschaft so hoch ist. Würde bei jeder Verschärfung des landwirtschaftlichen Steuerdruckes eine entsprechende Erhöhung der Zölle folgen, so wären ja letzten Endes die landwirtschaftlichen Steuern in erster Linie von den Konsumenten zu tragen. Bei Beurteilung der Frage, ob die Landwirtschaft durch Zölle oder andere Maßnahmen geschützt werden muß, können allein die Interessen des Gesamtvolkes ausschlaggebend sein, nicht aber die Wünsche einer besonderen Berufsklasse.

Meines Erachtens wird es in den nächsten Jahren für uns in Deutschland weniger darauf ankommen, den einen oder anderen Punkt des sozialistischen Programms zu verwirklichen, als darauf, die Republik und ihre demokratische Verfassung gegen den Ansturm der Gegner zu verteidigen. Das deutsche Volk wird sich für die Republik unter Führung der Sozialdemokratie oder für die Monarchie unter Führung der Deutschnationalen entscheiden müssen. Da ist es an der Zeit, ernsthaft zu prüfen, ob die Sozialdemokratie eine Partei der Lohnempfänger bleiben will, oder ob sie die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land sein will. Für eine Lohnarbeiterpartei ist ein Agrarprogramm ein unnützer Ballast mit Rücksicht auf die Agitation. Wollen wir jedoch die Landbevölkerung gewinnen, so muß selbstverständlich auch deren Bedürfnisse Rechnung getragen werden. Dies geschieht nicht durch Programme für eine allzu ferne Zukunft, auch nicht durch kommunistische Landausgleichspläne. Die Sozialdemokratie ist auf Grund ihrer geschichtlichen Entwicklung als Partei der Enterbten und Entrechteten dazu berufen, in Deutschland Führerin der Bodenarbeiter zu werden. Eine unserer zukünftigen Aufgaben besteht darin, die auf eigene Arbeit angewiesenen Volksschichten in Stadt und Land zum gemeinsamen Kampfe für unsere großen Ziele zusammenzuführen. Wenn mein heutiger Vortrag dazu beigetragen hat, die Wege in dieser Richtung zu ebnen, so hat er seinen Zweck erfüllt. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Wels: Zu dieser Frage ist ein genügend unterstützter Antrag Georg Schmidt eingelaufen.

Ehe wir in unseren Verhandlungen fortfahren, habe ich einer traurigen Pflicht zu genügen. (Die Versammlung erhebt sich.) In derselben Zeit, in der ich Ihnen die Nachricht übermittelte, die Leiche des Genossen Matkott sei gefunden, hat sich in unserer unmittelbaren Nähe auf dem Potsdamer Bahnhof ein schweres Unglück ereignet. Ein eintreffender Frühzug fuhr auf einen Vorortzug. Die Zahl der Getöteten steht noch nicht fest. Der Parteitag für die Angehörigen der Verwundeten und Getöteten sein tiefstes Beileid aus.

Georg Schmidt-Berlin: Ich bitte Sie um Annahme des vorliegenden Antrags. Die Partei muß zu einer Erklärung über diese wichtige Frage kommen. In dem Antrag, der von der Fraktion des Reichstag unterbreitet wurde, sind die Richtlinien gegeben, wie wir auf dem Lande aufklärend wirken wollen.

Die Landbündler sind in der Propaganda bezüglich der Not „der Landwirtschaft“ sehr rührig. Die Landbündler haben vor dem Sachverständigenkomitee Vorträge gehalten, und durch statistische Tabellen nachgewiesen, wie ungeheuer verschieden die Preislage der Agrarprodukte zu denen der Produktionsmittel, deren die Landwirtschaft bedarf, sein sollten. Dabei ist dies keine deutsche, sondern eine internationale Erscheinung. Wir vermissen in allen diesen Darlegungen der Landbündlerorganisationen die Kurve des Lohnes in der Landwirtschaft. Die Löhne in der Landwirtschaft sind niedriger als vor dem Krieg. Dabei betrug das Lohnkonto in der Landwirtschaft 30 bis 35 Proz. der Produktionskosten in der Vorkriegszeit, in der Regel mehr als bei der Herstellung der Produkte der Industrie und des Handwerks. Wenn die Landbündler das Lohnkonto vergessen haben, so muß das gewichtige Gründe haben. Zieht man es in Betracht, so ist die Notlage der Landwirtschaft lange nicht so groß, wie sie hingestellt wird.

Ein Lohn von 25 bis 30 Pfennig Barlohn einschließlich Deputat und alle anderen Entlohnungsformen im Reichsdurchschnitt, der heute gezahlt wird, ist keine Entlohnung, bei der die Landarbeiterschaft bestehen kan. In Ostpreußen führte die Landarbeiterschaft vor kurzem einen großen Kampf zur Erhöhung besonders des Barlohnes, der 1,04 Pfennig pro Stunde betrug. Der Gesamtlöhntoht beträgt dort pro Stunde 28 bis 30 Pfg. Dabei müssen diese Landarbeiter noch 2—3 sogenante Hofgänger stellen, die in der Behausung des Landarbeiters mit untergebracht werden. Gegen den Reichsarbeitsminister erhebe ich den Vorwurf, daß er sich bei allen Eingriffen in die Lohnkämpfe in der Landwirtschaft sehr arbeitgeberfreundlich gezeigt hat. Der Reichsarbeitsminister Brauns, der aus dem industriellen Westen stammt, sollte daran denken, daß er nicht einseitig die Interessen des Großgrundbesitzes wahrnehmen kann.

Ich habe es wiederholt und auch in einem hier ausliegenden Heft der „Blode“ ausgesprochen, daß wir gerade in der Landwirtschaft zugunsten der ländlichen Arbeiterschaft, durch die Parlamente Hilfe brauchen, die wir nur durch die Sozialdemokratische Partei bekommen können. Dieser Gedanke hat sich auf dem Lande schon festgesetzt.

Helling wies darauf hin, daß die Verhältnisse in der Landwirtschaft anders gelagert sind als in der Industrie; das trifft auch für die Arbeiter zu. Während der Inflation und der allgemeinen Bewirtschaftung der Lebensmittel benutzte man die Deputate, um gegen die sozialdemokratische Fraktion und auch dem Landarbeiterverband Stimmung zu machen. Heute baut man die Deputate ab. Dieses rücksichtslose Vorgehen der Landwirte wird die Landarbeiterschaft zur klaren Erkenntnis ihrer Klassenlage bringen. Ich gebe zu, daß während der Inflation die Landwirte ein leichtes Spiel hatten, den Landarbeitern vorzureden, daß die Landwirte bei der behördlichen Preisfestsetzung den Arbeitnehmern angeblich nicht den Lohn geben konnten, den sie geben wollten. Heute aber wird das damals als wertbeständigen Lohn empfohlene Deputat den Landarbeitern wieder entzogen.

Dißmann hat in einem Artikel darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften in dem Wertarbeiterkampf bei den Unorganisierten große Sympathien haben und gerade diese im Streik fest aushalten. Dasselbe können wir auch bei den Lohnkämpfen in der Landwirtschaft beobachten. Ich setze große Hoffnung darauf, daß es uns gelingt, die Unorganisierten wieder zurückzugewinnen, die infolge der Inflation nicht in den Verbänden blieben.

Geschadet hat der Arbeiterbewegung auf dem Lande nichts mehr als der kommunistische Phrasendrusch. Während unseres Lohnkampfes in Ostpreußen ist die Streibewegung in den Bezirken zurückgegangen, wo die Kommunisten Einfluß hatten; die weiter nichts konnten, als gegen den deutschen Landarbeitervereinband und die Sozialdemokratische Partei zu gehen. Die kommunistische Welle auf dem Lande halte ich für überwunden, weil der Landarbeiter, der an die Scholle gefesselt ist, ruhige, planmäßige und sachliche Arbeit in den Verbänden und den Parteien haben will. Die Saat fünfzehnjähriger organisatorischer Tätigkeit wird auch auf dem Lande ihre guten Früchte in Zukunft tragen. Es müssen sich aber mehr Genossen und Genossinnen zu Versammlungen auf dem flachen Lande zur Verfügung stellen. Meiner Ansicht befriedigt keine Tätigkeit mehr als die unter den breiten Massen der Landbevölkerung. In Dutzenden von Kreisen Deutschlands aber hat es daran gefehlt, während Städte und Industriebezirke mit Versammlungen überschwemmt wurden. Gerade auf dem Lande aber bleibt das gesprochene Wort nach meinen Erfahrungen fester haften als in den Städten. (Sehr richtig!) Helfen Sie uns, das Land zu gewinnen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Wels: Wir haben die Freude, heute in unserer Mitte die Genossin Adelheid Popp zu begrüßen, die die Wünsche der österreichischen Bruderorganisation überbringt.

Adelheid Popp-Wien: Wir haben es schmerzlich empfunden, am Eröffnungstage Ihres Parteitags nicht anwesend sein zu können. Das Gefühl hat uns aber keine Ruhe gelassen, wie unbrüderlich und unsolidarisch dies auf Sie wirken könnte, daß niemand Zeit hätte, Ihnen persönlich ein paar freundliche Worte zu sagen, so daß der Parteivorstand, sobald die Hindernisse einer Reise, die in der Teilnahme an den politischen Arbeiten, z. B. am Zolltarif, an wichtigen Gemeindefragen Wiens und der politischen Situation überhaupt lagen, beboben waren, mich beauftragte, Ihnen zu sagen, daß die Sozialdemokratische Partei Österreichs nach wie vor mit den Gefühlen der herzlichsten Sympathie zu Ihnen steht und keinen heißeren Wunsch hegt, als daß dieser Parteitag einen Schritt vorwärts bedeute, daß die Vereinigte Partei Deutschlands die wahre Erbin der starken, großen, kampfs- und siegesproben alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden möge. (Bravo!) Die Sozialdemokratie, die Arbeiterklasse eines Landes mag noch so stark sein, mag 90 und mehr Prozent der Arbeiterschaft und neben den Männern einen großen Teil der arbeitenden Frauen und Mädchen in ihren Organisationen vereinigen, sie wird doch nicht ihr Ziel erreichen können, kaum umstände sein, das Errungene für die Arbeiterschaft festzuhalten, wenn in andern Ländern die Arbeiterschaft nicht ebenfalls stark, groß und mächtig ist. (Sehr richtig!) Keine Partei eines Landes wird ihr Ziel erreichen, wenn sie nicht mit den Sozialdemokratischen Parteien der Arbeiterschaft aller Länder zusammengeht. In diesem großen Ringen in dem so klein gewordenen Österreich wird unsere mit Begeisterung getane Arbeit viel zielfähiger wirken, wenn die deutsche Sozialdemokratie wieder einig und unüberwundlich dasteht. Wir werden alle unsere Gegner im eigenen Lande leichter überwinden und die Anschläge der reaktionären Mächte um so sicherer überwinden, je stärker sie sind. Wir sind bereit, allen Bestrebungen der reaktionären Kreise mit dem Opfermut und der Begeisterung der österreichischen Arbeiter und Arbeiterinnen entgegenzuwirken. (Bravo!) Darum freuen wir uns doppelt, aus Ihren Berichten zu vernahmen, daß die Vereinigte Sozialdemokratie Deutschlands im Aufmarsch und Vormarsch ist. Wir beglückwünschen Sie dazu und versichern Sie unserer Sympathie in jedem Augenblick. In Ihren Bedrängungen und Nöten waren wir mit unseren Herzen und oftmals mit unsern Tränen bei Ihnen und wollen auch mit Ihnen den Aufstieg und Fortschritt zum

endlichen Ziel dessen teilen, was wir alle wünschen und erhoffen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Wels: Der Parteitag hat durch seinen Beifall seinen Dank für die freundlichen Begrüßungsworte schon erstattet. Als die Parteioorganisation in schwerster Not in der Inflation sich befand, hat die österreichische Partei, die selbst noch schwerer unter der Inflation litt, im Verhältnis zu den übrigen Ländern die deutsche Sozialdemokratie am wirksamsten unterstützt. (Bravo!) Das werden wir niemals vergessen. (Bravo! und Händeklatschen.)

6. Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie.

Dr. Hilferding-Berlin (Berichterstatter): Wenige Tage trennen uns von dem Zeitpunkt, an dem sich das erste Jahrzehnt seit Kriegsausbruch erfüllt. Dies legt uns die Beantwortung der Frage nahe: wie stehen wir nach Ablauf dieses Dezenniums, wie hat sich die Welt seitdem geändert? Der Versuch, jetzt schon gewisse Schlüsse zu ziehen, ist schwierig. Ich bin mir der Unzulänglichkeit der Böjnung sicher bewußt, trotzdem müssen wir zu einer allgemeinen Orientierung zu kommen suchen.

Wie stehen die Dinge ökonomisch? Durch den Krieg und die Revolution ist der Kapitalismus nirgends entournzelt worden, am wenigsten in Rußland. Doch sind durch Krieg und Nachkriegszeit die Konzentrationstendenzen des Kapitalismus ungemein gesteigert worden. In der Weltwirtschaft befinden sich alle großen Kraftquellen der Industrie, Petroleum, Kohle, Elektrizität, alle wichtigen industriellen Rohstoffe, Eisen, die anderen Metalle in den Händen und unter der Kontrolle weniger monopolistischer Vereinigungen. Die bearbeitenden Industrien haben sich entweder diesen großen Monopolen angegliedert und sind, wie früher das Handwerk, kapitalhörig, so jetzt monopolhörig geworden, oder diese Fertigungsindustrien haben sich zu monopolistischen Gebilden zusammenschließen müssen, die mit den Rohstoffmonopolen Vereinbarungen zum Aufbau der riesigen vertikalen Konzerne treffen, die heute in den wichtigsten kapitalistischen Ländern die Volkswirtschaft beherrschen. Die Verbindung der Großbanken oder großer Finanzinstitute mit den Beherrschern der industriellen Monopole ist weiter fortgeschritten. Die gesamte Wirtschaftsmacht ist so in den Händen einer kleinen Schicht konzentriert.

Krieg und Nachkriegszeit haben andererseits das Proletariat, die gesamte Arbeiterschaft ungeheuer aufgerüttelt. In allen Ländern hat sich die Arbeiterschaft ebenfalls zu großen Organisationen zusammengeschlossen, Teile von ihr, die vor dem Krieg der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung fern standen — wie Angestellte und Beamte —, sind in diese Gesamtbewegung eingereicht worden. Die Inflation hat das Renteneinkommen vermindert oder vernichtet, große Teile des Mittelstandes expropriert und pauperisiert. Die industrielle Konzentration war zugleich von einer außerordentlichen Vermögenskonzentration begleitet.

Wir sehen die ganze kapitalistische Gesellschaft von dem Kampf dieser Organisationen erfüllt in gesteigerten Gegensätzen, gesteigertem Antagonismus. Die Gesellschaft ist vor die Frage gestellt, wie sie diese privaten Monopole, die Wirtschaft und Staat zu beherrschen streben, in den Gesellschaftsrahmen, in die staatliche Organisation einordnen kann. Das Instrument für diese Einordnung sind die großen Organisationen der Arbeiterschaft, die damit nicht nur das beschränkte Klasseninteresse der Arbeiterschaft vertreten, sondern das Gesellschaftsinteresse, das Interesse der gesellschaftlichen Freiheit; diese fordert, daß sich die Gesamtheit nicht von einer kleinen Anzahl wirtschaftlicher Interessenten unterjochen lassen darf. Der Sozialismus ist heute längst nicht mehr die Frage der Armut und des Elends (Sehr richtig!), kein Kampf der Beladenen